

Jens Gieseke

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit

**Personalstruktur und Lebenswelt
1950–1989/90**



Ch.Links VERLAG

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des BStU

Band 20

Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe
des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:
Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert, Walter Süß, Roger
Engelmann, Jens Gieseke

Jens Gieseke

Die hauptamtlichen
Mitarbeiter der
Staatssicherheit

Personalstruktur und Lebenswelt
1950-1989/90

Ch. Links Verlag, Berlin

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Gieseke, Jens :

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit:

Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90 /

Jens Gieseke. – 1. Aufl. Berlin : Links, 2000

Zugleich Diss. Universität Potsdam

(Analysen und Dokumente; Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Bd. 20)

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2022

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin

www.christoph-links-verlag.de

Entspricht der 1. Druckauflage von 2000, erschienen im Christoph Links Verlag – LinksDruck GmbH

Umschlaggestaltung: KahaneDesign, Berlin, unter Verwendung eines Fotos aus dem

BStU-Archiv: Der Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral Erich Mielke, ernennt am 3.10.1983 auf Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates zum Generalmajor (v.l.n.r.): den Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, Dr. jur. Günter Möller, den stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung I, Manfred Dietel, den 1. stellvertretenden Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers, Erich Rümmler, und den Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt, Dr. jur. Josef Schwarz.

ISBN 978-3-86153-227-1

eISBN 978-3-86284-532-3

Inhalt

Vorwort

I. Einleitung: Das Personal der Staatssicherheit - Konturen eines Problemfeldes

1. Öffentliches Interesse und historische Aufarbeitung
2. Herrschaftsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte - konzeptionelle Angebote

Totalitarismustheorien

NS-Forschung

Stalinismusforschung und Sowjetologie

Sozialgeschichte der DDR

3. Zu den Untersuchungsebenen

Entwicklung des Personalbestandes

Kaderpolitik und Personalstruktur

Die Staatssicherheit als Lebenswelt

4. Forschungsstand und Quellenlage

II. Vom NKWD zur Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft 1945 bis 1950

1. Der Aufbau geheimpolizeilicher und geheimdienstlicher Strukturen in der SBZ/DDR

Sowjetische Sicherheitsorgane

Anfänge einer deutschen politischen Polizei 1945 bis 1947

K 5 - der politische Zweig der Kriminalpolizei

Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft

Weitere polizeistaatliche Strukturen in der SBZ

2. Auf dem Wege zur „Volks“polizei? Zu Kaderpolitik und Personalstruktur

*Kaderpolitik in der Polizei
Die Mitarbeiter der K 5*

III. Bildung und Aufbau der Staatssicherheit als stalinistische Geheimpolizei 1950 bis 1953

1. Personalentwicklung
*Aufgaben des MfS
Personeller Aufbau
„Verschärfung des Klassenkampfes“ und Abschluß der
Aufbauphase 1952/53*
2. Kaderpolitik und Personalstruktur
*Akteure und Rahmenbedingungen
Die Gründer der Staatssicherheit – ein kollektives
Porträt
Anfänge der Kaderwerbung
Bilanz des Aufbaus: personelle Strukturen 1953*
3. Innere Verfassung
*Tschekismus als Avantgardekonzeption
Zur Aneignung des tschekistischen
Selbstverständnisses
Mentalität und Herrschaftsallday
Die MfS-Mitarbeiter in der Junikrise*

IV. Zwischen Junischock und Entstalinisierung 1953 bis 1957

1. Personalentwicklung
*Kursbestimmung nach dem 17. Juni
Wollwebers Moratorium und Entstalinisierung
Die paramilitärische Komponente: Wacheinheiten und
„Innere Truppen“*
2. Kaderpolitik und Personalstruktur
*Die erste Kaderrichtlinie
Prioritäten der Rekrutierung
Qualifikation und Schulung*
3. Innere Verfassung
Konsequenzen der Junikrise?

*Tschekismus zwischen Kampfgeist, Willkür und
„Verrat“
Die Entstalinisierungsdebatte als innere Krise*

V. Transformation zur modernisierten Repressionsbürokratie 1958 bis 1967

1. Personalentwicklung
*Neue Weichenstellungen nach dem Ministerwechsel
Revitalisierung im Poststalinismus
Nach dem Mauerbau: Abwehr der Statuskritik und
„Take-off“
Schwerpunkte des Wachstums: Diversifizierung und
Bürokratisierung*
2. Kaderpolitik und Personalstruktur
*Systematisierung und Straffung der Kaderpolitik
Bildungsoffensive und Professionalisierung
„Partielle Modernisierung“ in der
Generationenstruktur
Das Frauenkommuniqué 1961 und die
Geschlechterfrage
Sozialstruktur und Bilanz*
3. Innere Verfassung
*Disziplinierung: Auf dem Wege zur totalen Institution
Gewalt im Poststalinismus
Umriss des elitären Sicherheitsmilieus*

VI. Expansion in der Entspannung 1968 bis 1982

1. Personalentwicklung
*Institutioneller Aufstieg im Zuge des Machtwechsels
Ulbricht/Honecker
Entspannung als „verschärfter Klassenkampf“
Viele Gewinner und keine Verlierer: die
Diensteinheiten in der Expansion*
2. Kaderpolitik und Personalstruktur
Rekrutierung im „entwickelten Sozialismus“

*Der MfS-Nachwuchs 1968 bis 1982 im
soziopolitischen Profil*

*Die zweite Etappe der nachholenden Akademisierung
Abschiede und Aufstiege in der Expansion*

3. Innere Verfassung

Homogenisierung der tschekistischen Lebenswelt

Entspannung und Feindbild

„Real existierender“ Tschekismus

Der Fall Stiller

VII. Auf dem Weg in die Finalitätskrise 1983 bis 1989

1. Personalentwicklung

Das Schreiben 2/83: Ende des Expansionismus

Sparzwang und „Aufgabenzuwachs“

Binnenstrukturen

2. Kaderpolitik und Personalstruktur

*Rekrutierungstechniken und die Grenzen des
Potentials*

Das MfS-Milieu im Sozialprofil

Aus- und Weiterbildung: eine Reform und ein Trick

Das Ende interner Mobilität

3. Innere Verfassung

Konformität und Legitimitätsverfall

Atmosphärischer Wandel im Mikroraum

Radikalisierung und „operative Frustration“

„Neues Denken“ - ideologischer Raumgewinn und

Feindbildverlust

Das MfS als Reformpotential?

VIII. Das Ende des MfS 1989/1990

1. Revolution und Entmachtung

Am Vorabend

Die Staatssicherheit in der Revolution

Das Amt für Nationale Sicherheit

Verfassungsschutz - Nachrichtendienst - Auflösung

2. Innenansichten des Zusammenbruchs
Zwischen Gewaltbereitschaft und Zweifeln
Verordnetes Stillhalten und Entsolidarisierung in der
Dienstklasse
Endzeitstimmung
Nach den Besetzungen
Individuelle und kollektive Überlebensstrategien

IX. Resümee: Wer war die Staatssicherheit?

1. Die sicherste DDR der Welt
2. Das Profil einer sozialistischen Repressionselite
3. Das tschekistische Milieu

X. Statistiken

1. Personalentwicklung 1949 bis 1989
2. MfS-Etat 1954 bis 1990

Anhang

- Abkürzungsverzeichnis
- Tabellenverzeichnis
- Quellen- und Literaturverzeichnis
- Personenregister
- Sachregister
- Angaben zum Autor

Vorwort

Wer sich im Westen mit dem „realen Sozialismus“ zu seinen Lebzeiten zu beschäftigen begann, stieß unweigerlich früher oder später auf die Vertreter der „Firma“. In meiner Generation gaben den Anlaß Biermann, Fuchs, Bahro, die Freunde, die sich die „Schwerter zu Pflugscharen“ von der Jacke schneiden mußten, der Pastor, dem seine Mitarbeiterin die Anwerbung beichtete, das Woher und Wohin und die gefilzten Taschen an der Grenze, die freundlich-bedrohliche Anfrage beim Gastgeber, ob man nicht mal ein Gespräch mit dem Besucher aus dem Westen ... Solche Begebenheiten lösten vor vielen Jahren mein „vorwissenschaftliches Interesse“ am hauptamtlichen Personal der Staatssicherheit aus – ohne daß sich damals viel mehr erfahren ließ, als bei Fricke oder Stiller nachzulesen war. Nach der Zeitenwende führte mich die Idee zu diesem Projekt zur Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Der Bundesbeauftragte Joachim Gauck hat mich selbst mehrmals ermuntert, meine (wie er sie sah) „nüchterne und dröge“ Forschung weiterzutreiben und mich durch den Ruf nach stärker nachgefragten Gegenständen nicht irritieren zu lassen. In den frühen Jahren (und manchen späteren Zeiten), als die Meldungen der Tagespresse den Takt der Stasidebatte vorgaben, war mir dies eine Stütze, auf die ich ungern verzichtet hätte.

Die Universität Potsdam hat das vorliegende Produkt meiner Studien als Dissertation angenommen. Ganz besonders danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Christoph Kleßmann, der die Forschungen seit den ersten

Überlegungen begleitet hat, und dem Zweitgutachter Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, der 1993 als Abteilungsleiter beim Bundesbeauftragten den Weg für dieses Projekt frei machte. Den Diskussionen mit ihnen verdanke ich viele Anregungen; ihre Gutachten gaben mir hilfreiche Ratschläge für die Druckfassung. In diesen Dank schließe ich Prof. Dr. Hans-Heinrich Nolte (Universität Hannover) sehr herzlich ein, bei dem ich das wertvolle Handwerkszeug des Historikerberufs erlernte.

Meinen vom Aktenstudium verengten Horizont immer wieder erweitert haben die Abende im Forschungskolloquium zur Neueren Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, geleitet von Professor Kleßmann und Prof. Dr. Manfred Görtemaker, dem ich ebenfalls wertvolle Anregungen verdanke. Zu meinem großen Nutzen über die Jahre mit mir diskutiert und Texte kommentiert haben neben anderen Stephan Fingerle, Peter Helmberger, Helmut Müller-Enbergs, Marie Räkel, Herbert Reinke, Michael C. Schneider, Silke Schumann, Agnes Tandler, Tobias Wunschik und bis zu seinem Tod Martin Bott. Für ihre Kritik und ihren Zuspruch sei ihnen gedankt. Zutiefst verpflichtet bin ich auch Siegfried Suckut, Walter Süß und Roger Engelman, die mich von Zeit zu Zeit ermuntert haben, zum Ende zu kommen. Sie haben das Manuskript „von Amts wegen“ ganz gelesen und mir unzählige Verbesserungen vorgeschlagen, von denen ich die meisten übernommen habe - vor allem aber haben sie im Gehäuse einer Behörde den intellektuellen Raum geschaffen und verteidigt, in dem Forschungen wie diese erst gedeihen können. Den Text habe ich selbstredend allein zu verantworten.

Für engagierte Hilfe bei der Materialsuche habe ich den Kolleginnen und Kollegen in den Archiven des Bundesbeauftragten zu danken, allen voran Frau Schuldt, Frau Wenderholm, Frau Puhmann, sowie dem „Karteifuchs“ Herrn Bessel. Auch im Bundesarchiv und im Militärischen

Zwischenarchiv, damals beide in Potsdam, und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv in Berlin fand ich alle erdenkliche Hilfe. Daß sich diese Arbeit nicht nur auf Akten stützt, bekamen oft genug die Mitarbeiterinnen der Bibliothek des Bundesbeauftragten zu spüren, von deren Tatkraft das Literaturverzeichnis zeugt. Schließlich profitierte die Arbeit von Interviews, Diskussionen und Briefwechseln mit ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS, die Auskünfte gaben und sich der Selbstreflexion stellten. Dafür sei auch ihnen gedankt.

Den Text korrigiert und für den Druck vorbereitet haben das Publikationsteam der Abteilung Bildung und Forschung, vor allem Anke Eidner, die die Zahlen nachrechnete und die letzten Tage managte, Sabine Käding und Christiane Neumicke, die die Computer im Griff behielten, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ch. Links Verlages. Sie alle hier dankend zu erwähnen verbinde ich mit einem schmerzlichen Abschiedsgruß an unseren Verleger Christoph Links. Er beendet mit diesem Band die Zusammenarbeit mit uns, weil ihm Zumutungen nicht erspart geblieben sind.

Zu guter Letzt danke ich Ulrike, Rasma und Tjark Knigge, daß sie die vergangenen Jahre mit mir ausgehalten haben. Meinen Eltern Klaus und Hildegard Gieseke, die mich unterstützten, die zuweilen brotlos erscheinende Kunst des Historikers zu erlernen, widme ich dieses Buch.

Berlin, im Mai 2000

Jens Gieseke

I. Einleitung: Das Personal der Staatssicherheit – Konturen eines Problemfeldes

1. Öffentliches Interesse und historische Aufarbeitung

Als in den Herbsttagen des Jahres 1989 der Ruf „Stasi in die Produktion“ durch die Straßen von Leipzig, Erfurt und vielen anderen Orten der DDR schallte, standen die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) für den Moloch der allseits präsenten, doch immer den Schutz des Dunklen suchenden Überwachungsbürokratie, errichtet und unterhalten auf Kosten derjenigen, die sie zu schützen vorgab. Sie galten als Gefahr, und ihnen die Macht zu nehmen war deshalb einer der wichtigsten Schritte zur Befreiung von der Diktatur. Bürger besetzten die Betonburgen des staatssozialistischen „Schutz- und Sicherungsorgans“ und spülten das Heer der Geheimpolizisten von der historischen Bühne – ein Akt des Wagemuts, der in seiner scheinbaren Leichtigkeit noch heute in Erstaunen versetzt.

Als die größte Gefahr gebannt, der Apparat ausgeschaltet und die Mitarbeiter entwaffnet waren, wandte sich das öffentliche Interesse bald von den MfS-Hauptamtlichen ab. Es verlagerte sich auf die Zuträger, Spitzel und Einflußagenten der Staatssicherheit, die „inoffiziellen Mitarbeiter“ – ihr Dienst Kürzel „IM“ sollte alsbald zum Inbegriff aller Aufarbeitung der SED-Diktatur

werden. Zu dieser Verschiebung des Blicks hatten ehemalige MfS-Hauptamtliche das Ihre beigetragen: Als erstes traf es im Vorfeld der Wahlen im März 1990 den Spitzenkandidaten der „Allianz für Deutschland“, Wolfgang Schnur, dessen Fall eine gezielte Indiskretion aus Kreisen der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter vorausging.¹ In der Tat mußten die IM weitaus gefährlicher erscheinen, denn sie tummelten sich (wie weitere Fälle zeigten) zuweilen kräftig im erwachenden öffentlichen Leben. Sie aufzuspüren erschien als moralisch geboten und politisch notwendig, um die junge Demokratie vor verdeckten Manipulationen durch die Kräfte der alten Ordnung zu schützen. Von den hauptamtlichen Mitarbeitern erregten in den folgenden Monaten vorwiegend die „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) die Gemüter. Diese Offiziere kombinierten den hauptamtlichen Status mit den Aufgaben und der Tarnung des inoffiziellen Mitarbeiters und erweckten deshalb den Eindruck einer besonders gefährlichen Elitetruppe des MfS. Sie standen im öffentlichen Bewußtsein für den vermuteten Willen der Staatssicherheit, sich im Untergrund zu reorganisieren – eine Sorge, die sich als unbegründet erwies.²

Was schließlich blieb, waren gegensätzliche Eindrücke: Verkörperte die Staatssicherheit die „Intelligenz“ des staatssozialistischen Systems, während die Parteiführung mit „Blindheit“ geschlagen war, wie der Dramatiker Heiner Müller (aus persönlicher Anschauung) meinte?³ Oder war sie ein „unkultivierter, kleinkariertes Laden“ von „zahllose[n] Ignoranten“, der es „unter soziologischen Gesichtspunkten [...] interessant“ erscheinen ließe, „ob das DDR-System nicht unter anderem wegen der Blödheit der Stasi zusammengekracht“ ist, wie der langjährige Rowohlt-Lektor Michael Naumann nach der Lektüre der Akten über ihn und seinen Verlag urteilte.⁴ Wer waren diese Exekutoren der Diktatur, die dem Lyriker Adolf Endler bei Lichte betrachtet als „sportive Herren im volkseigenen Trainingsanzug, vom

diabolischen Glanz mittlerer Postangestellter“⁵ erschienen, und die sich selbst einen „arteigenen Geruch, so eine Mischung aus Waffenöl, Bohnerwachs und Schweiß“⁶ zuschrieben?

Um diese Fragen einer Antwort näher zu bringen, lenkt die vorliegende Arbeit den Blick erneut auf den hauptamtlichen Apparat des MfS. Dieses Buch handelt deshalb nicht, jedenfalls nicht in erster Linie, von dem, was die Staatssicherheit in vierzig Jahren *getan* hat, sondern von den historischen Akteuren dieses „erschreckendsten und zugleich grotesksten Teils des SED-Herrschaftssystems“⁷ *selbst*. Es soll Auskunft darüber geben, woher diese Träger des Staatssozialismus kamen und wie sie zur Staatssicherheit fanden, über welchen sozialen, weltanschaulichen und intellektuellen Horizont sie verfügten und welche Atmosphäre in ihren Reihen herrschte. Soziologisch gesprochen zielt diese Arbeit darauf, gesellschaftliche Voraussetzungen und biographische Bedingungen, individuelle und kollektive Handlungsräume und Grenzen zu rekonstruieren, die die kommunistische Diktatur über vierzig Jahre möglich machten - und schließlich zum Unvermögen beitrugen, sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Die hier betriebene Form historischer Aufarbeitung ergänzt die vielfältigen Bemühungen, sich ein Bild von den Methoden und den Wirkungen der Staatssicherheit zu verschaffen, und versucht zugleich den Schritt über die Empörung hinaus, die sich bei den damit verbundenen Entdeckungen unweigerlich immer wieder einstellt. Martin Broszat hat ein solches Erkenntnisinteresse in bezug auf den Nationalsozialismus als „Historisierung“ bezeichnet - „einer recht verstandenen historischen Aneignung dieser Zeit, die kritisches und verstehendes Vermögen verbindet“.⁸ Er argumentierte:

„Historisierung [...] bedeutet aber gerade auch, daß die während des Dritten Reiches entfesselte Gewaltsamkeit nicht nur einem bestimmten politisch-ideologischen System zugeordnet wird, das wie eine Art omnipotenter Fremdherrschaft die autonomen Kräfte und Normen der Gesellschaft gänzlich niedergedrückt habe. Sie zwingt vielmehr dazu, die Verankerung von Gewaltpotentialen auch in der Gesellschaft selbst aufzudecken und die durch diese Potentiale bedingten desperaten Veränderungswünsche, die glaubten, sich nur mit Gewalt auf Kosten anderer Gruppen und mystifizierter Feinde Durchbruch schaffen zu können.“⁹

Zwar war der Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft zweifellos breiter „verankert“ als der Staatssozialismus und mobilisierte ungleich verheerendere Gewalt, doch ist der Zusammenhang von diktatorischer Herrschaft und deren politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen damit *mutatis mutandis* auch für die DDR-Geschichte umrissen. Es geht dabei um eine Aneignung der Geschichte in ihrer Komplexität, die im Ergebnis zu einem „politischeren“ und auch „beängstigenderen Diktaturbild“¹⁰ führen kann. Dieser Ansatz ist also keineswegs politisch-moralisch indifferent; Konrad Jarausch spricht deshalb von einer „kritischen Historisierung“:

„Auch wenn eine solche Historisierung verstehen statt verdammen will, bedeutet diese Distanzierung nicht, einen Schlußstrich unter die Aufarbeitung zu ziehen und alle Vergehen zu verzeihen. Denn sie verlangt gleichzeitig eine kritische Auseinandersetzung mit den vielen Verbrechen, um die Wiederkehr linker wie rechter Diktaturen in der Zukunft zu vermeiden.“¹¹

Eine so verstandene Aneignung des Geschehenen wird in vollem Umfange noch nicht erreichbar sein, solange daraus

resultierende, höchst gegenwärtige politische Konflikte, die Erinnerungspolitik der Zeitzeugen (zu denen in diesem Falle auch die Historiker zählen) sowie die um Distanz bemühte Analyse ineinander verschränkt sind. Doch als *Perspektive* ist sie notwendiges Element der „Geschichtswerdung“¹² der DDR in der kontroversen öffentlichen Debatte. Die politische Entscheidung für eine weitgehende Öffnung der Archive, nicht zuletzt der des Ministeriums für Staatssicherheit, hat dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen.

Ein solches Unternehmen läßt sich methodisch „sauber“ nicht ohne einige theoretische Erwägungen auf den Weg bringen; auch der bereits erreichte Forschungsstand und die Quellensituation verdienen vorab Beachtung. Davon handeln die folgenden Abschnitte der Einleitung. Dem stärker am historischkonkreten interessierten Leser sei empfohlen, sich davon nicht entmutigen zu lassen, sondern sogleich zum Kapitel II zu blättern.

2. Herrschaftsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte – konzeptionelle Angebote

Totalitarismustheorien

Wer sich mit der Geheimpolizei einer kommunistischen Diktatur und noch dazu mit deren Kaderpolitik beschäftigt, scheint gleichsam von selbst auf den Pfaden der Totalitarismustheorie zu wandeln. Bei Carl Friedrich und Zbigniew Brzezinski zählt die Geheimpolizei als Verfolgungsinstrument gegen „Volksfeinde“ zu den konstitutiven Säulen der totalitären Diktatur, ebenso der personelle Unterbau eines als Partei organisierten Apparates.¹³ Zuweilen nimmt die Einstufung des DDR-Sozialismus als „totalitär“ sogar über den Status einer

diskutierbaren analytischen Kategorisierung hinaus die „nahezu kanonische Geltung“¹⁴ einer gleichsam objektiven Wahrheit an, die man nur aussprechen oder verschweigen könne.¹⁵

In der Tat drängt sich die Charakterisierung der DDR-Staatssicherheit als Instrument totalitärer Herrschaft förmlich auf. Wäre der Begriff des Totalitären nicht bereits in der Debatte gewesen, dann hätte ihn jeder Analytiker, der die geistige Welt des Erich Mielke untersuchen wollte, erfinden müssen. Insofern ist der Totalitarismusansatz ein wichtiges Mittel, um sich die innere Logik verständlich zu machen, auf der die DDR-Staatssicherheit gründete, deren Gemeinsamkeiten mit anderen „weltanschaulichen Exekutivapparaten“ herauszustellen und die zerstörerischen und selbstzerstörerischen Potentiale dieser Logik zu bestimmen.¹⁶ Er markiert einen Idealtypus des kommunistischen Politikmodells, in dem wichtige Funktionsprinzipien analytisch „rein“ herauspräpariert sind. Außerdem ist er als Herrschaftsformenlehre ein wichtiges Instrument, um dem Inhalt ihrer Ideologien nach unterschiedliche, ja gegensätzliche Systeme zu vergleichen.

Dem stehen jedoch Schwächen und Grenzen gegenüber.¹⁷ Dem breit angelegten Erklärungsanspruch liegen schon bei den Klassikern, wie den zitierten Friedrich und Brzezinski, Hannah Arendt und anderen, höchst unterschiedliche Basistheoreme zugrunde. Und in der Forschungspraxis erfolgen – je nach konkretem Forschungsgegenstand – erhebliche Umgewichtungen und Umdefinitionen der zentralen Kriterien, um der Theorie jene Flexibilität zu verleihen, die notwendig ist, um über die totalitaristischen Referenzsysteme des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Stalinismus hinaus zum Beispiel die DDR der achtziger Jahre als totalitär einzustufen.¹⁸ Als politologisches Modell von eigentümlicher Statik bietet es dem Forscher kaum Handhabe, historischen Wandel zu erklären – ein Problem, das sich im

Zusammenhang mit dem Systemzusammenbruch des SED-Staates und der Rolle der Staatssicherheit darin massiv stellt¹⁹, aber auch für mittel- und langfristige Prozesse von Bedeutung ist. Der Systemwandel ließe sich unter diesen Vorzeichen allenfalls als Annähern an den bzw. Entfernen vom totalitären Idealtypus beschreiben, verbunden mit besagter Um- oder Neudefinition der jeweils ausschlaggebenden Merkmale, ohne jedoch selbst operationalisierbare Analyseinstrumente bereitzuhalten.²⁰ Auf den Gegenstand dieser Untersuchung bezogen heißt das: Geheimpolizeiliche Repression und Überwachung sowie die im Nomenklatursystem verdichtete Kaderpolitik lassen sich zwar auf der normativen Ebene als totalitäre Merkmale deuten, ohne daß sich jedoch damit der Wandel in diesen Bereichen von Staat und Gesellschaft analysieren ließe.²¹ Erst der Blick über die totalitäre Ideologie hinaus macht es möglich zu erkennen, warum sie als Handlungsantrieb der MfS-Offiziere gewissermaßen lebendig wurde. Zu klären ist dann, in welcher Art und Weise sie in deren Tätigkeit für sie „Sinn“ machte, das heißt welche Elemente des Ideologiegebäudes für sie praktisch im Vordergrund standen und welche anderen, nicht-ideologischen Antriebe für ihr Handeln von Belang waren.

NS-Forschung

Bieten Totalitarismustheorien also nur Handhabe für Ausschnitte der hier untersuchten Fragen, so liegen auf der Ebene von Theorien und Methoden mittlerer Reichweite umfangreiche Erfahrungen zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in der Diktatur vor, besonders aus der Erforschung des Nationalsozialismus.²² Bereits die Untersuchungen Hans Buchheims über Struktur und Mentalität der SS im Zusammenhang mit dem „Auschwitz-Prozeß“ 1964 lieferten grundlegende Erkenntnisse.²³ Für die hier verfolgten Interessen von Bedeutung sind zudem

neuere Studien, die die Gründe für den „Zivilisationsbruch“ des Holocausts erkunden anhand biographischer Untersuchungen zu den Erfahrungs- und Handlungshorizonten der NS-Führungseliten sowie jener „ganz normalen Männer“, die ihn unmittelbar persönlich exekutierten. Im Zentrum standen Studien zu sozialen und generationellen Hintergründen, mentalen Prägungen sowie institutionellen Kontexten, zum Beispiel zu den SD-Einsatzgruppen oder dem Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes und seinen prominentesten Vordenkern.²⁴ Auch die „Entzivilisierung“ der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) durch die exzessiv genutzte Tötungsgewalt ist untersucht worden.²⁵ Zugleich ist seit einiger Zeit das Interesse für die gesellschaftliche Basis der Gestapo-Verfolgung erwacht, wie sie sich etwa in Denunziationen aus der Bevölkerung zeigte²⁶ – ein Thema, das ebenfalls zu Vergleichen mit der MfS-Tätigkeit anregt, hier aber nicht weiter verfolgt werden kann.²⁷ Zwar hat die NS-Forschung mit einer erheblich schlechteren Materiallage zu kämpfen, so daß einige Elementarinformationen (wie zum Beispiel der quantitative Umfang des Gestapo-Personals) noch mühsam rekonstruiert werden müssen²⁸, doch sind hier wertvolle methodologische Erfahrungen verarbeitet.

Zweitens laden diese Studien zum Vergleich der empirischen Befunde ein, zum Beispiel hinsichtlich der Apparatstruktur, der Funktion im Herrschaftssystem und der Wirkungen und Folgen. Drittens schließlich lassen sich schon auf den ersten Blick biographische Parallelen unter den prägenden Figuren erkennen, wenn man etwa die Lebensläufe von Reinhard Heydrich (Jahrgang 1904) oder Werner Best (Jahrgang 1903) einerseits, Erich Mielke (Jahrgang 1907) andererseits in Beziehung setzt. Hier offenbart sich der Erfahrungshorizont historischer Akteure im „Jahrhundert der Extreme“ (Hobsbawm²⁹), die aus unterschiedlichen sozialen Klassen kamen und politisch

entgegengesetzte Lebenswege einschlugen, denen jedoch die „gewaltsame Vergesellschaftung [...] im Krieg“ gemeinsam war, „die Übertragung körperlicher Gewalterfahrung in gesellschaftliche Energie und politische Phantasie, die Selbst-Traumatisierung durch extreme Zerstörungsgewalt“.³⁰

Stalinismusforschung und Sowjetologie

Impulse für die hier ins Auge gefaßte Fragestellung gehen auch von der neueren sowjetologischen Forschung zum Stalinismus der dreißiger Jahre aus. Die dort ursprünglich (in den fünfziger und sechziger Jahren) dominanten totalitaristischen Erklärungsmuster sind mittlerweile erheblich durch „revisionistische“ Interpretationen und einen zweiten Schub von – nun auf breiter Front archivgestützter – Forschung in Frage gestellt worden.³¹ Je intensiver die Forschung, desto deutlicher tritt das komplexe Geflecht von terroristischen Impulsen der „Revolution von oben“, massiven gesellschaftlichen Modernisierungsdefiziten, ethnisch-kulturellen Konflikten sowie der Eigendynamik revolutionärer Mobilisierung zutage. Während diese gesellschaftsgeschichtliche Perspektive auch hier zu neuen Ansätzen etwa in der Denunziationsforschung sowie der Analyse der Opfergruppen geführt hat,³² ist das geheimpolizeiliche Personal noch kaum untersucht.³³

Für das hier verfolgte Interesse besonders wichtig ist die Generation der *wydwischenzy*, der von Stalin geförderten Aufsteiger der zwanziger Jahre, die nicht zuletzt die Reihen der marodierenden Geheimpolizei füllten und sich in dieser Rolle in Terrorexzessen bis hin zu „sozialistischen Verhaftungswettbewerben“ ergingen.³⁴ Erste Erkundungen anhand der Biographien von mehreren hundert führenden Funktionären des Volkskommissariats des Innern (NKWD) der Jahre 1934 bis 1941 zeigen, daß mit den Wechseln an

der Spitze, von Jagoda zu Jeschow, von Jeschow zu Berija, jeweils massive Umbesetzungen verbunden waren. Vor dem Großen Terror rekrutierten sich die Führungskader vornehmlich aus der Generation der über 40jährigen, die aus bürgerlichen Verhältnissen kamen und schon zu Zeiten Dzierzynskis in den Apparat gekommen waren. Fast 40 Prozent waren Juden und rund 30 Prozent hatten vor 1917 anderen Parteien angehört (vorwiegend linke Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Menschewiki und Bundler). Es folgte ein blutiger Generationswechsel: 1939 waren die leitenden Positionen mehrheitlich mit 30- bis 35jährigen besetzt, zu 80 Prozent mit ehemaligen Arbeitern oder Bauern, zu 75 Prozent mit Kadern, die erst nach 1925 in den Apparat gekommen waren. Von den Juden waren nur noch 4 Prozent verblieben, Polen, Deutsche und Letten ausnahmslos verhaftet und erschossen. Es dominierten nun Russen und Ukrainer. Hatte in der Führungsetage der Tschekisten also zunächst eine gewisse nachrevolutionäre Vielfalt geherrscht, so fand sie 1937 bis 1939 ihr Ende: 241 von 322 Funktionären ließ die Führung verhaften und fast alle erschießen. Von den insgesamt rund 25.000 sowjetischen Tschekisten (1937) sind etwa zehn Prozent verhaftet worden. Nach der Entlassung Jeschows folgte dann 1939 eine zweite Welle: 7 372 Tschekisten mußten den Dienst quittieren, 973 wurden verhaftet – und zwar vornehmlich Vollstrecker des Massenterrors selbst.³⁵ Diese Daten werfen derzeit mehr Fragen auf als sie beantworten, doch skizzieren sie bereits das personelle Profil jener Generation von Offizieren, die in den vierziger und fünfziger Jahren ihre Erfahrungen und ihr Selbstverständnis als Instrukteure und Berater in die Sicherheitsapparate der SBZ/DDR „exportierten“.

Die Rolle des Komitees für Staatssicherheit (KGB) in der poststalinistischen Sowjetgesellschaft stellt ebenfalls einen wichtigen Fluchtpunkt des hier verfolgten Ansatzes dar, harrt jedoch der näheren Forschung, die trotz einiger

Dokumentenveröffentlichungen sowie den Memoiren von Generälen und Offizieren durch die noch immer dürftige Materiallage behindert ist.³⁶ Aussagen zur gesellschaftlichen Rolle des KGB-Apparates und seiner Mitarbeiter bewegen sich mithin überwiegend im Reich mehr oder minder begründeter Spekulation. Am weitesten reichen die Analysen Amy Knights anhand veröffentlichter biographischer Daten über leitende KGB-Offiziere der Zentrale sowie der Unionsrepubliken. Sie lassen erkennen, daß der KGB - nach einem Zustrom externer Kräfte in den fünfziger Jahren - starke Züge einer institutionell homogenen „closed profession“ annahm, die starken Korpsgeist entwickelte und im politischen Entscheidungsprozeß an Bedeutung gewann.³⁷ Knight bestätigt damit Überlegungen, die den KGB als interessengeleitete „soziale Kraft“ interpretieren und daraus seine Bedeutung und Rolle in den verschiedenen Etappen der sowjetischen Geschichte zu bestimmen versuchen - unter den Reformversuchen Chruschtschows, in der „Stagnationsperiode“ der Ära Breschnew sowie im Zeichen der schließlich vom vormaligen KGB-Chef Andropow vorbereiteten und unter Gorbatschow vom Systemwandel zum Systemwechsel eskalierenden Politik der Perestroika. Diese ersten Erkundungen legen nahe, daß der KGB eine ähnliche Rolle spielte wie der (weitaus besser erforschte) „militärisch-industrielle Komplex“.³⁸

Die Sowjetunion stellt nicht nur einen wichtigen Fluchtpunkt dar, weil sie vergleichbare methodische Vorgehensweisen nahelegt, sondern auch, weil sie die Referenzgesellschaft für die Vorstellungen der SED-Führung war und in vielen Punkten das praktische Vorbild lieferte. Dort lag der Ursprung für wesentliche Elemente der Ideologie, der institutionellen Struktur und der sozialen Prozesse, die die DDR und ganz besonders die Staatssicherheit und ihr Personal in den Aufbaujahren prägten. Eine zentrale Rolle spielt in diesem

Zusammenhang der Begriff des „Stalinismus“. Hierunter wird im folgenden eine Weltanschauung und ein daraus resultierendes politisches Programm verstanden, die ihre Grundlagen in Theorie und Praxis des sowjetischen Herrschaftssystems seit etwa Mitte der zwanziger Jahre bis zum Tode Stalins 1953 hatten. Sie beruhten auf der von Stalin entwickelten Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, mit der er von der „internationalistischen“ Hoffnung auf ein alsbaldiges Überspringen des revolutionären Funkens auf das kapitalistische Zentrum Abstand nahm und den Aufbau eines starken Staats- und Sicherheitsapparates als Organ der „Diktatur des Proletariats“ unter den Vorzeichen der angeblich gesetzmäßigen „Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus“ legitimierte. Die sozialistische Theorie dogmatisierte und katechetisierte er zur Mobilisierungs- und Herrschaftsideologie des „Marxismus-Leninismus“. Damit verband sich eine forcierte, zentralistisch gesteuerte Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft unter Einsatz exzessiven staatlichen Terrors, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Des weiteren zentralisierte und monopolisierte er als Führer („woschd“) von Partei und Staat Politik und Ideologie noch über das bereits unter Lenin erreichte Maß hinaus, beseitigte jeden Spielraum innerparteilicher Diskussion und veranlaßte periodische Säuberungen in den verschiedenen Apparaten, in deren Zuge er unter anderem mit wenigen Ausnahmen seine Kampfgefährten von 1917, fast die gesamte militärische Führung und, wie erwähnt, zahllose Angehörige der Verfolgungsapparate selbst ermorden ließ.³⁹

Die Sowjetgesellschaft nach Stalin - und auch die anderen Staaten des „sozialistischen Lagers“ - waren von zweierlei geprägt: Die Partei nahm den Terror als allgegenwärtiges Instrument der Gesellschaftspolitik zurück, ließ aber wesentliche Institutionen dieser gewaltsamen

sozialen Umwälzung bestehen: ihr nicht demokratisch legitimes Machtmonopol selbst, die zentralistische Planökonomie, den exorbitanten inneren und äußeren Sicherheitsapparat und anderes. Trotz des Abbaus der terroristischen Elemente und den Bemühungen, zu einem anderen Modus der Machtlegitimation in den sozialen Beziehungen zu gelangen, blieben also Kernelemente des stalinistischen Politikkonzepts erhalten, das deshalb als „poststalinistisch“ charakterisiert werden kann. Für die DDR-Staatssicherheit war das stalinistische Programm der Diktatur des Proletariats als „Revolution von oben“ der Kern ihrer ideologischen Legitimation. Erich Mielke machte zumindest intern auch keinen Hehl daraus, daß er selbst von tiefer Bewunderung für Stalin erfüllt war und dessen Anschauungen den Fluchtpunkt seiner geistigen Welt darstellten.

Neben dem Begriffspaar „Stalinismus“ und „Poststalinismus“ zur inhaltlichen Charakterisierung von Rolle und Funktion der Staatssicherheit wird im folgenden der mittlerweile recht gängige Begriff des „Staatssozialismus“ verwendet. Dieser Begriff ist durchaus nicht unproblematisch, weil er den Staat in den Mittelpunkt stellt, der doch aber wiederum ein „Parteistaat“ war, also nur „Hülle“ der monopolistischen Herrschaft der Kommunistischen Partei.⁴⁰ Wenn der Begriff hier verwendet wird, dann also in diesem eher umschreibenden als definitorischen Sinne. Er dient unter anderem zur Unterscheidung von anderen Formen, die die sozialistische Arbeiterbewegung als historische Kraft angenommen hat. Wie etwa auch die Bezeichnung „Systeme sowjetischen Typs“ umgeht der Begriff die inhaltliche Charakterisierung der Basisprinzipien dieser historischen Formation, die bislang nicht abschließend geklärt sind.⁴¹

Sozialgeschichte der DDR

In der Erkundung der DDR-Geschichte hat sich im Kontext vergleichender Diktaturforschung ein gesellschaftshistorischer Zugriff als fruchtbar erwiesen. Die Politikgeschichte, wie sie bis 1989 dominant war, wurde durch sozial-, erfahrungs- und mentalitätshistorische Perspektiven ergänzt und der Widerstreit von totalitärem Gestaltungsanspruch und gesellschaftlicher Realität in das Zentrum der Analyse gestellt. Dabei geht es vor allem darum, die Möglichkeiten und Grenzen der SED-Herrschaft, ihre sozialen Voraussetzungen und beabsichtigten wie unbeabsichtigten Folgen in den Blick zu nehmen. Gegenstand solcher Forschungen waren zunächst eher herrschaftsferne Felder „subsystemischen Eigensinns“, die sich in den Mikroräumen der Gesellschaft konstituierten⁴², die Beharrungskraft traditioneller, zum Beispiel kirchlicher oder akademischer Milieus, Verhaltensspielräume der Industriearbeiter usw. Wesentliche Impulse bezieht dieser Zugriff aus dem Bemühen, die DDR stärker in den Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert zu rücken und Kontinuitäten über die Epochenzäsur des Jahres 1945 hinweg herauszuarbeiten.⁴³ Während das Sowjetisierungs-Paradigma dazu neigen ließ, solche Aspekte zu vernachlässigen, eröffnete sich damit unter anderem die Möglichkeit, das Zusammenwirken russisch-sowjetischer und deutscher Traditionen politischer Kultur in der DDR zu untersuchen.⁴⁴

Zunächst wurden auf diesem Weg (als Antithese zu einer reinen politischen Herrschaftsgeschichte) die „Grenzen der Diktatur“ und die jenseits dieser Grenzen liegenden Felder beleuchtet, doch rückt mittlerweile die Interdependenz von Herrschaft und „Eigen-Sinn“ als allgegenwärtiger Faktor in den Blick:

„Das Spektrum der als ‚eigen-sinnig‘ zu charakterisierenden Verhaltensweisen und Motive ist [...] breit angelegt. Es reicht vom Übereifer des glühenden

Idealisten und der egoistischen Nutzung der Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit über äußerlich loyales, aber innerlich distanzierendes Verhältnis bis hin zu passiven Formen der Verweigerung, zu offener Dissidenz und Gegenwehr. [...] Es geht nicht um eine simplifizierende Gegenüberstellung von ‚der‘ SED-Herrschaft und ‚dem‘ Eigen-Sinn, etwa in dem Sinne, daß bei ‚viel‘ Herrschaft ‚wenig‘ Eigensinn anzutreffen sei und umgekehrt.“⁴⁵

Historische Gesellschaftsanalyse der DDR ist mithin nicht als herrschaftsfernes Arbeitsfeld zu begreifen, sondern als Untersuchung von Herrschaft als sozialer Praxis. Daraus ergibt sich eine zweite Konsequenz: Eigensinn spielte nicht nur an der gesellschaftlichen Basis eine Rolle, sondern prinzipiell gleichermaßen auf Seiten der Akteure im Herrschaftsapparat.⁴⁶ Anknüpfungspunkte und Diskussionsfelder der DDR-Gesellschaftsgeschichte ergeben sich auch aus der maßgeblich von Soziologinnen angestoßenen Debatte um die soziale Struktur und Schichtung der DDR-Gesellschaft, in denen die Renaissance eines Klassenmodells den einen, die Annahme einer „entdifferenzierten“ und insofern nicht-modernen Gesellschaft den anderen Pol des Spektrums bilden.⁴⁷ Daraus ergibt sich die Herausforderung, jenseits der Polarität von „Staat“ und „Gesellschaft“ die Akteure des Herrschaftsapparates aus ihrer gleichsam sozial und lebensweltlich sterilen und entsubjektivierten Rolle eines personifizierten Totalitätsanspruchs zu lösen und sie gesellschaftlich zu verorten.

3. Zu den Untersuchungsebenen

Die Studie folgt drei Untersuchungssträngen: erstens einer „politischen Demographie“ des MfS-Personals, also

Rekonstruktion und Interpretation der quantitativen Entwicklung des Mitarbeiterbestandes, zweitens einer Strukturanalyse anhand von Basiskriterien wie sozialem Hintergrund, Bildung, Generationen- und Geschlechterverteilung, politischer und weltanschaulicher Bindung usw. und drittens einer Annäherung an Selbstverständnis, Mentalität und Lebenswelt der MfS-Mitarbeiter. Eine solche mehrgleisige Untersuchungsführung trägt den gegenwärtigen Bedingungen der historischen DDR-Forschung sowie speziell der MfS-Forschung Rechnung, die ja aufgrund der schlagartig verbreiterten Quellenlage vor der Aufgabe stehen, auf Feldern wie der Politikgeschichte, der sozialen Strukturgeschichte und der Alltagsgeschichte gleichermaßen „nachholend“ zu arbeiten und die daraus erwachsenden Chancen integrativer Methodenpluralität zu nutzen.⁴⁸

Entwicklung des Personalbestandes

Der personelle Umfang des Ministeriums für Staatssicherheit zählte zu den am besten gehüteten Geheimnissen der DDR und war 1989/90 ein Politikum ersten Ranges. Nach Wochen des Mauerns gab am 5. Januar 1990 der Regierungsbeauftragte für die Auflösung der Staatssicherheit, Peter Koch, in der Nachrichtensendung „AK-2“ bekannt, die Staatssicherheit habe zuletzt 85.000 hauptamtliche Mitarbeiter auf der Gehaltsliste gehabt.⁴⁹ Wie sich später zeigen sollte, waren es noch ein paar Tausend mehr, doch selbst diese erste Offenbarung übertraf alle Erwartungen um ein Mehrfaches. Es war dann nach Öffnung der MfS-Archive relativ schnell und unkompliziert möglich, die quantitative Entwicklung des Personalbestandes der Staatssicherheit zu rekonstruieren bzw. (für die Jahre bis 1953) wenigstens recht präzise abzuschätzen.⁵⁰ Bereits im Frühjahr 1990 wurde eine Reihe von Daten veröffentlicht, vornehmlich aus den siebziger Jahren, die zu ersten

Hypothesen anregen. Die dabei offenkundig werdende expansive Dynamik warf Fragen auf nach den Triebkräften dieses Wachstums und nach dessen Binnenwirkungen auf den Personalbestand selbst. Eine nähere Rekonstruktion des politischen Kontextes sowie eine differenziertere Analyse des Personalausbaus bilden deshalb die Grundlage aller weiterführenden Untersuchungen.

Die noch von der scheidenden AfNS-Führung in die Welt gesetzte Behauptung, seit 1983 habe der Personalbestand auf dem Stand von rund 85.000 Mitarbeitern stagniert, wurde schon früh in Zweifel gezogen. Daraufhin angestellte Hochrechnungen der Wachstumsraten seit 1973 ergaben Schätzungen, das MfS habe zuletzt tatsächlich etwa 99.000 Mitarbeiter beschäftigt, und schienen einen engen Zusammenhang zwischen dem Wachstum des oppositionellen Potentials, das schließlich in der Erhebung des Herbstes 1989 kulminierte, und der MfS-Expansion zu belegen. Die Anzahl der potentiellen Gegner der offiziellen Politik sei in den Augen der Parteiführer ständig gewachsen, und darauf hätten sie mit dem Ausbau des Apparates reagiert.⁵¹ Auch die Ausdehnung des Überwachungssystems auf „weite Teile der gesamten Gesellschaft“ wurde in diesem Zusammenhang in die Mitte der achtziger Jahre datiert.⁵²

Die Hypothesenbildung ging weiter: Armin Mitter und Stefan Wölle vertraten ausgehend von ihrer These des „Untergangs auf Raten“ die Position, die Staatssicherheit sei jeweils als unmittelbare Reaktion auf akute Systemkrisen ausgebaut worden, beginnend mit der Neuorganisation des inneren Sicherheitsapparates nach dem 17. Juni 1953 im Zuge der „inneren Staatsgründung“, später dann nach dem Mauerbau 1961, dem Prager Frühling 1968 usw. Dabei sei der Macht- und Disziplinierungsapparat nach einer Neuorganisation im Juli/August 1953 nur „immer weiter verfeinert“ worden.⁵³ Dem steht die Hypothese entgegen, das expandierte MfS der Ära Honecker hebe sich von den frühen Jahren als Ausdruck einer „historisch neue[n] Form